

## BEITRÄGE

### I. SITZ IM LEBEN UND SYSTEMATIK DER MENSCHENRECHTE

JOHANNES HOFFMANN

#### Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen

Im Kontext der Individuierungsprozesse in unserer Gesellschaft und der damit einhergehenden Entbindung der Menschen aus traditionell gegebenen Kollektiven und auf dem Hintergrund der Erfahrung von Multikulturalität massenmedial vermittelter Internationalisierung und Globalisierung, deren Folgen bis in unsere Lebensformen durchschlagen, entsteht bei den Menschen ein hoher Bedarf an Orientierung.

Der weit verbreitete Wunsch nach Sinndeutung und nach Ordnung erhält auch dadurch weiteren Auftrieb, daß die Moderne ihr Versprechen für die vielen, ohne Rückgriff auf metaphysischen Schutz allein mit rationalen Mitteln das Leben deuten und sinnvoll gestalten zu können, nicht eingelöst hat. Die moderne Existenz scheint geprägt zu sein vom Bewußtsein, daß es unseren Ordnungen in Gesellschaft, Religion und Kultur an jener Eindeutigkeit<sup>1</sup>, an Endgültigkeit und an »ontosemiologischer Übereinkunft«<sup>2</sup> mangelt, aus der sich ein universaler Geltungsanspruch auf Wahrheit noch herleiten ließe. Kontingenz und Ambiguität sind zur dominanten Erfahrung in der Postmoderne geworden.

Trotz dieser Gegebenheiten und vermutlich wegen des hochgradigen Deutungsbedarfs bei den Menschen in den modernen Gesellschaften sind die Menschenrechte zum Mythos avanciert.<sup>3</sup> Mythen »erlauben, in

<sup>1</sup> Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992.

<sup>2</sup> Jochen Hörisch, *Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes*, Frankfurt 1996, 26.

<sup>3</sup> Bei Baumann lese ich dazu in seinem Buch »Postmoderne Ethik«, Hamburg 1995, 13: »Ich denke, das Neue des postmodernen Ansatzes zur Ethik liegt zunächst und vor allem nicht in der Aufgabe charakteristischer moderner Moralthemen, sondern in der Zurückweisung typisch moderner Umgangsweisen mit moralischen Problemen (nämlich auf moralische Herausforderungen in der politischen Praxis mit zwanghafter normati-

Zeiten der Krise dem Handeln des einzelnen einen Sinn zu geben«. <sup>4</sup> Sie machen gesellschaftliche Widersprüche und heterogene Interessen transparent, vermitteln Orientierung in unübersichtlicher Lage, gewähren den Menschen einen festen Halt, einen Standpunkt, von dem aus sie sich in die Transformationsprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft einschalten und als einzeln Handelnde in Kollektiven einmischen können. Menschenrechte zeigen ein Ziel, enthalten eine Vision für ein menschenwürdiges Leben im Mitsein mit der ganzen Schöpfung und setzen ein utopisches Potential frei, sich für die Erreichung dieses Zieles zu engagieren. Aus all diesen Andeutungen wird der hohe Plausibilitätsgrad verständlich, den die Menschenrechte in der Zivilgesellschaft und im demokratischen Staat gewonnen haben.

## I. DIE DREI GENERATIONEN DER MENSCHENRECHTE

Um uns die Reichweite, die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Menschenrechte als universaler Geltungsansprüche bewußt zu machen, ist es hilfreich, ihren Kern und ihre darauf aufruhende Entfaltung in den sogenannten drei Generationen der Menschenrechte kurz zu skizzieren und zu charakterisieren.

Zweifellos macht das »Recht auf Recht« den Kern der Menschenrechte aus, wie er im ersten Artikel der UN-Charta angesprochen wird: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«. Wie Hermann Pius Siller bei der Eröffnung des Symposiums von Theologie Interkulturell zum Thema »Universale Menschenrechte im Widerspruch der Kulturen« herausstellte, »ist diese unverlierbare, weil von niemandem zugestandene Rechtsfähigkeit kulturunabhängig«. <sup>5</sup> Die individuellen Freiheitsrechte auf dem Hintergrund von unsäglichen Ungerechtig-

---

ver Regulierung zu reagieren und philosophisch-theoretisch nach dem Absoluten, nach Universalien und theoretischen Letztbegründungen zu suchen). Die großen Anliegen der Ethik – wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Balance zwischen friedlicher Kooperation und individueller Selbstbehauptung, Synchronisierung von individuellem Verhalten und kollektivem Wohl – haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Sie müssen nur anders gesehen und behandelt werden.“

<sup>4</sup> *Gotthard Fuchs, Bernhard Moltmann*, Mythen der Stadt, in: *Gotthard Fuchs/Bernhard Moltmann/Walter Prigge* (Hrsg.), *Mythos Metropole*, Frankfurt 1995, 9 – 19; hier: 18.

<sup>5</sup> *Hermann Pius Siller*, Die Beiträge der vielen besonderen Lebensformen zu dem einen Menschenrecht, in: *Johannes Hoffmann* (Hrsg.), *Universale Menschenrechte im Widerspruch der Kulturen*, Bd. 2: Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen, Frankfurt 1994, 13 – 24; hier: 14.

keitserfahrungen<sup>6</sup> und zahllosem Leid, vor allem als Abwehrrechte vor staatlichen Übergriffen formuliert, bilden die Menschenrechte der ersten Generation. Insofern ist das Recht auf Recht auch »Ausdruck des heutigen Weltethos«<sup>7</sup>. Während die Menschenrechte der ersten Generation entwickelt wurden, weil Menschen die Selbstkonstitution als rechtsfähige Subjekte bestritten wurde<sup>8</sup>, so sind die Menschenrechte der zweiten Generation auf dem Hintergrund der Erfahrung der sozialen Krisen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts entstanden, stellen die Verarbeitung dieser Krisenerfahrungen der Neuzeit dar und sind als soziale Anspruchsrechte der Individuen gegenüber dem Staat auf der Basis der Gleichheit aller Menschen formuliert. Letztere erweisen sich als kulturspezifische Problemlösungen auf bestimmte Leid- und Krisenerfahrungen eines Volkes.<sup>9</sup> Daraus folgt, daß bei den sozialen Menschenrechten dem Faktum geschichtlicher Bedingtheit Rechnung getragen werden muß und die Anpassung an kulturell unterschiedliche Kontexte erforderlich ist.<sup>10</sup> Hier spielen die gewachsenen sozialen Institutionen und Traditionen und die faktisch gegebenen ökonomischen Strukturen eine entscheidende Rolle.

Dies gilt erst recht für das Menschenrecht auf Entwicklung, das auf der 41. Sitzung in der 97. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 4. Dezember 1986 verabschiedet wurde. »Dieses Recht« – so argumentiert

---

<sup>6</sup> *Judith N. Shklar*, Über Ungerechtigkeit. Erkundungen zu einem moralischen Gefühl, Berlin 1992, 135.

<sup>7</sup> *Johannes Schwartländer*, Menschenrechte – eine Herausforderung der Kirche, in: *Ders. (Hrsg.)*, Menschenrechte – eine Herausforderung der Kirche, Mainz 1979, 15 – 57; hier: 15.

<sup>8</sup> *Martin Honecker*, Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte?, in: *Lothar Brock (Hrsg.)*, Menschenrechte und Entwicklung. Beiträge zum ökumenischen und internationalen Dialog, Hannover/Frankfurt 1996, 20 – 30; hier: 28. *Honecker* schreibt: »Menschenrechte setzen ein grundlegendes Recht voraus, nämlich das Recht eines jeden Menschen, Rechte zu haben (*Hannah Arendt*). Trotz aller Blockaden, auf welche die Verwirklichung einzelner Menschenrechte stößt, ist das eine Recht unteilbar, nämlich, daß jeder Mensch, rein als Mensch, Rechtssubjekt sein soll«.

<sup>9</sup> *Brock*, Menschenrechte im Nord-Süd-Verhältnis, in: *Ders. (Hrsg.)*, Menschenrechte und Entwicklung, 11 – 19 (Anm. 8); hier: 16: »Das westliche Menschenrechtsverständnis begründet in erster Linie Abwehr- und Gewährleistungsrechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Dennoch ist die internationale Menschenrechtspolitik in erster Linie Staatenpolitik. Eine Staatengruppe tritt für die Respektierung der Menschenrechte durch andere Staaten oder Staatengruppen ein. Das ist einer der Gründe für ... die Glaubwürdigkeitsproblematik in der internationalen Menschenrechtspolitik«.

<sup>10</sup> *Hoffmann*, Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen. Eine Problemskizze, in: *Ders. (Hrsg.)*, Begründung von Menschenrechten aus der Sicht unterschiedlicher Kulturen, Bd. 1: Das eine Menschenrecht für alle und die vielen Lebensformen, Frankfurt 1991, 17 – 33; hier: 28f.

Hermann Siller – »auf Entwicklung ist ohne Zweifel ein wichtiger Durchbruch in der Entfaltung der Menschenrechte. Allerdings wird in der Deklaration von Entwicklung im Singular gesprochen und dabei wie selbstverständlich vorausgesetzt, daß die fundamentalen anthropologischen Ausgangsbedingungen gleich sind und die Entwicklungen deshalb überall gleichsinnig verlaufen. Genau dies kann aber nicht vorausgesetzt werden ... Das Problem besteht gerade in der Unterstellung einer universalen Gleichsinnigkeit von Entwicklungen, etwa im Sinne des okzidentalen Modernisierungsprozesses«<sup>11</sup>. Man täte daher gut daran, vom Menschenrecht auf kultureigene Entwicklung zu sprechen.

## II. DAS MENSCHENRECHT AUF KULTUREIGENE ENTWICKLUNG

Das wirft die Frage auf, in welcher Weise wir dem Menschenrecht auf kultureigene Entwicklung auf die Spur kommen können.

Zunächst ist aus der Erfahrung von Theologie Interkulturell für die Ermöglichung interkultureller Kommunikation festzuhalten, was ihr Initiator Siller so zusammengefaßt hat: »Eine Theologie, die interkulturell arbeitet, hat im Gespräch mit den Theologen kulturell anders bestimmter Lokalkirchen in der eigenen Theologie die Differenzen zwischen den Theologien zu verarbeiten. Das Interesse einer interkulturell arbeitenden Theologie ist, die Perspektiven des autochthonen Angehörigen einer Kultur zu erfassen und in der eigenen Theologie zur Geltung zu bringen«.<sup>12</sup>

Der Weg, den wir dabei im Dialog mit Vertretern anderer Kulturen in der Frage der Menschenrechte insbesondere in der Frage nach dem Menschenrecht auf kultureigene Entwicklung gegangen sind, führte uns dazu, bei den Störungen interkultureller Kommunikation zu diesen Fragen anzusetzen. Dabei haben wir gelernt: Die erste Voraussetzung für interkulturelle Kommunikation ist das Hören.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Siller, Die Frage nach kultureigenen Rationalitäts- und Entwicklungspotentialen, in: Hoffmann (Hrsg.), Die Vernunft in den Kulturen. Das Menschenrecht auf kultureigene Entwicklung, Bd. 3: Das eine Menschenrecht für alle und vielen Lebensformen, Frankfurt 1995, 39 – 55; hier: 39.

<sup>12</sup> Siller, Überlegungen zur Methode von Theologie interkulturell, in: Maria Hungerkamp / Matthias Lutz (Hrsg.), Grenzen überschreitende Ethik. Festschrift für Prof. Dr. Johannes Hoffmann anlässlich seines 60. Geburtstags, Frankfurt 1997, 99 – 114; hier: 111.

<sup>13</sup> Politische Konditionierung der Entwicklungshilfe, die das nicht berücksichtigt, muß von vornherein scheitern. Vgl. Franz Nuschele, Menschenrechtsschutz durch Konditionierung der Entwicklungshilfe?, in: Brock, Menschenrechte und Entwicklung, 65 – 72; hier (Anm. 8): 67f.; Bezeichnend für mangelnde interkulturelle Handlungskompe-

Ohne dem Anderen zuzuhören, können wir seine eigentlichen Fragen an uns gar nicht wahrnehmen. Statt aufzuhorchen, wenn unser Reden bei unserem Gegenüber nicht ankommt, gehen wir davon aus, daß der Andere uns nicht gut zugehört hat. Das Resultat unserer Vorgehensweise sind notwendigerweise Fehleinschätzungen sowohl der Wirklichkeit des Anderen wie auch unserer eigenen. Denn wir werden auch unfähig, die Fragen wahrzunehmen, die wir für andere sind. Aber erst »wo die eigene Rede abbricht, beginnt das Hören. Die Erwartung, die alle Berechnung vergißt, hört, zurückhaltend mit dem Wort, auf das Wort, das ihr zukommen wird«<sup>14</sup>. Erst, wo der Widerspruch des Anderen gegen meinen Anspruch bei mir ankommt, von mir gehört wird, da beginnt Kommunikation, die den Anderen als Anderen ernst nimmt. »Dem Anderen als Anderen bin ich erst dann geöffnet, wenn ich mich in der Stille des Hörens von ihm ansprechen lasse.«<sup>15</sup> Im Grunde setzt interkulturelle Kommunikation voraus, daß ich die Perspektive wechsle, daß ich mein Erblicken des Anderen nur als eine abgeleitete, sehr auf mich als Subjekt bezogene Erfahrung des Anderen eintausche gegen eine Erfahrung, die von meinem Erblicktwerden durch den Anderen ausgeht und mein Für-den-Anderen-Sein in den Blick kommen läßt. Sodann haben wir gelernt, daß wir durch das Hinhören die Störungen wahrnehmen, die wir für andere Länder und Kulturen seit Beginn der Moderne sind. Wir müssen uns sagen lassen, welche Verwüstungen wir Europäer im Ordnungswissen anderer Kulturen hervorgerufen haben, welche Anomien wir Europäer in funktionierenden Regelsystemen anderer Kulturen allein durch die hohen Exporte von Massenprodukten hervorgerufen haben.<sup>16</sup>

---

tenz in der Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene ist, wie *Hermann Sautter*, der Leiter des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung der Universität Göttingen, schreibt: »Es ist nicht übertrieben, wenn man davon spricht, daß die Existenz und der Inhalt des Sozialpaktes den Geberorganisationen der bilateralen und multilateralen EZ lange Zeit unbekannt war; erst im Zusammenhang mit dem ›Weltsozialgipfel‹ im Jahre 1995 hat sich in dieser Hinsicht einiges geändert. Symptomatisch für diese Unkenntnis ist es, daß ein Mitarbeiter der Weltbank, auf den Sozialpakt angesprochen, bis vor kurzem noch sagen konnte, er hätte noch nie von diesem Pakt gehört«. *Sautter*, Soziale Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit: Von der Konvergenz der Ziele zur Komplementarität der Mittel, in: *Brock*, Menschenrechte und Entwicklung, 181 – 193; hier: 185, (Anm. 8).

<sup>14</sup> *Eduard Grisebach*, *Gegenwart. Eine kritische Ethik*, Halle 1928, 577.

<sup>15</sup> *Michael Theunissen*, *Der Andere. Studien zur Sozialontologie der Gegenwart*, Berlin 1965, 365.

<sup>16</sup> Nach *Peter Atteslander* »bedeutet Anomie effektive oder empfundene Ausweglosigkeit, mithin einen gesellschaftlichen Zustand verhinderter oder unmöglicher Eigenentwicklung«. *Atteslander*, *Kulturelle Eigenentwicklung als Kampf gegen Anomie*, in: *Ders.* (Hrsg.), *Kulturelle Eigenentwicklung*, Frankfurt 1993, 13 – 32; hier: 13.

Wenn wir all das sehen, werden wir fähig zu interkultureller Kommunikation. Dann lernen wir, daß interkulturelle Kommunikation, die diesen Namen verdient, in Gang kommt, wenn wir selbst mit der Dekonstruktion unserer universalen Geltungsansprüche beginnen, die wir bei allen interkulturellen Interessenkonflikten bewußt oder unbewußt einzufordern versuchen.

### III. DEKONSTRUKTION UNIVERSALER GELTUNGSANSPRÜCHE

Wenn wir einmal auf dem Hintergrund der Diskussionen zu Menschenrechtsfragen davon ausgehen, daß sich die universalen Geltungsansprüche, die in der Charta der Vereinten Nationen bis hin zum Menschenrecht auf Entwicklung ihren Niederschlag gefunden haben, dem kulturellen Kontext des Abendlandes verdanken, dann müssen wir im Westen zunächst auf die Einsprüche hören, die vom Ordnungswissen anderer Kulturen vorgetragen werden und in Kommunikation mit signifikanten Gesprächspartnern anderer Kulturen an der Dekonstruktion der in unserer Kultur verorteten universalen Geltungsansprüche arbeiten. Alle Gesprächspartner haben uns über die verheerenden Folgen aufzuklären versucht, die die Geltung unserer Ansprüche in den ökonomischen, kulturellen und kirchlichen Strukturen für sie, für die anderen Kulturen, hat. Sie haben uns weiter transparent gemacht, daß das destruktive Potential<sup>17</sup>, das der Rationalisierungs-, Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß freisetzt und unter dessen kulturzerstörender und menschenverachtender Gewalt sie selbst in ihren Gesellschaften gelitten haben und leiden<sup>18</sup>, auch vor unseren Türen nicht halt macht, wie es sich

---

<sup>17</sup> *Tzvetan Todorov*, Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen, Frankfurt 1985; *Enrique Dussel*, Von der Erfindung Amerikas zur Entdeckung des Anderen. Ein Projekt der Transmoderne, Düsseldorf 1993.

<sup>18</sup> *Jon Sobrino* schreibt in seinem Buch: Sterben muß, wer an Götzen rührt. Das Zeugnis der ermordeten Jesuiten in San Salvador: Fakten und Überlegungen, Fribourg 1990, 55: »Ich verstehe, daß es für Bürger der Ersten Welt schwierig ist, das Ausmaß der Tragödie zu verstehen. Denn für die, die Leben und Freiheit haben, ist es natürlich schwer zu begreifen, was Armut und Repression in den Ländern der Dritten Welt bedeuten; deshalb neigen sie dazu, diese Wirklichkeit zu ignorieren, die Unbeteiligten zu spielen und zu schweigen. Vielleicht schweigen sie aber auch, weil sie ein unbewußtes Schuldgefühl haben: Man kann nicht weiter im Überfluß leben, praktisch alles besitzen und immer mehr haben wollen, während jeden Tag viele Millionen Menschen an Hunger sterben. Die Gesamtheit dieser Handlungsweisen und Unterlassungen ist es, die die Armen tötet sowie jene, die sie verteidigen. Deshalb richtet sich die Frage nach den Mördern an uns alle«.

in der konsumistischen und egoistischen Gier des Götzen Markt<sup>19</sup> zeigt, einer Gier, von der wir alle erfaßt sind und die unser Verhältnis zu uns selbst, zum Mitmenschen, zur Mitwelt und zur Natur determiniert.

#### IV. DEKONSTRUKTION DER UNIVERSALEN GELTUNGSANSPRÜCHE DES WESTENS

Der erste Bereich ist unser ökonomisches System. Im Rahmen unserer Frage nach der kultureigenen Entwicklung wurden wir auf Schritt und Tritt mit dem globalen Geltungsanspruch der Marktwirtschaft konfrontiert, unter dem wir uns selbst in die Krise manövriert haben, unter dem  $\frac{1}{3}$  der Menschheit leidet und durch dessen Fortbestand unsere Natur zerstört wird<sup>20</sup> und die ganze Welt unsäglichem Leid überantwortet wird.

Der zweite Bereich betrifft die Überprüfung der Deutung des Modernisierungsprozesses, unsere Deutung von Rationalität, von Rationalitätspotential etc. Unsere Gesprächspartner aus Afrika, Asien, Australien und Lateinamerika haben uns mit ihrer Weigerung, das Deutungsraster von Max Weber überhaupt zur Gesprächsgrundlage zu machen, jedesmal in Erstaunen versetzt.

##### *1. Die Verhinderung interkultureller Kommunikation aufgrund der Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems*

Solange der real existierende Sozialismus als Staatskapitalismus noch nicht zusammengebrochen war, war ein faktisch potenter Konkurrent auf der Weltbühne da, der dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus gegenüberstand. Auf dem Hintergrund dieser globalen Konkurrenzsituation universaler Geltungsansprüche konnten die politischen Klassen und die ökonomischen Interessen unter den jeweiligen Geltungsansprüchen profitabel kommunizieren, ohne daß ihnen die politische

---

<sup>19</sup> Hugo Assmann / Franz J. Hinkelammert, Götze Markt, Düsseldorf 1992; Hinkelammert, Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus, Freiburg/Münster 1985.

<sup>20</sup> An Untersuchungen, die die dramatische Zuspitzung der sozialen und ökologischen Probleme aufzeigen, mangelt es nicht. Stellvertretend für viele möchte ich nur einen nennen: Den »Human Development Report 1992, New York/Oxford 1992«.

Legitimation in ihren jeweiligen Ländern entzogen werden konnte. Die Länder der sogenannten Dritten Welt wurden mit Hilfe der Übereinkunft der politischen Klassen und ökonomischen Interessen mit den Geltungsansprüchen des kapitalistischen Systems sozusagen zum eigenen Besten überrollt, ihre Sozialgefüge und Traditionen erschüttert oder gar zerstört, sie wurden so auf der Basis des Geltungsanspruches ökonomisch expandierender Industriestaaten zu Unterentwickelten erklärt. *Enrique Dussel* hat dies ebenso transparent gemacht, wie dies *Felix Wilfred*, *Bénézet Bujo*, *Obiora Ike*, *Sulak Sivaraksa*, *John May* und viele andere verdeutlicht haben.<sup>21</sup> In einem Vortrag am 20. 3. 1988 in Liverpool sprach *Bischof Peter Kwasi Sarpong* aus Ghana über diesen Zusammenhang. Ich will aus seiner prophetischen Rede einen Abschnitt zitieren, der uns zu denken geben sollte: »Was ist dann diese Gerechtigkeit, über die wir so viel sprechen? ... Ganz klar, es gibt keine Gerechtigkeit für Afrika. Wie kann es also Entwicklung geben? Was ist Entwicklung überhaupt? Wir neigen normalerweise dazu, Unterentwicklung als Vorstufe zu Entwicklung anzusehen: Die Menschen sind unterentwickelt, und dann entwickeln sie sich oder werden entwickelt. Darf ich darauf hinweisen, daß zu Anfang alle Völker entwickelt waren ... In der Vergangenheit gelang es den Afrikanern, in zufriedenstellender Weise mit den Wechselfällen des Lebens fertig zu werden. Sie kamen mit komplexer Politik zurecht. Sie hatten ihre eigenen Wirtschaftssysteme entwickelt, in denen eine Person nicht auf Kosten anderer Reichtum anhäufen konnte.

Die Leiden Afrikas heute stammen weitgehend von der wahllosen Übernahme politischer und wirtschaftlicher Systeme, an die es nicht gewöhnt ist ...

In den 90er Jahren dieses Jahrhunderts sollten wir Entwicklung nicht nur als wirtschaftlichen Fortschritt ansehen, sondern auch als Zunahme von Wissen, Kultur und den Bedürfnissen des Lebens.«<sup>22</sup>

Die Stimmen aus den Ländern nicht-westlicher Kulturen ließen sich zu dieser Frage vermehren. Das Echo auf den universalen Geltungsanspruch unseres Wirtschaftssystems ist in den letzten zwanzig Jahren aus verschiedenen kulturellen Kontexten ein unüberhörbares Unisono bis

---

<sup>21</sup> Vgl. *Hoffmann*, Praxis der Entwicklungszusammenarbeit und die Frage nach Alternativen, in: *Ders., Hrsg.*, Bd. 3, 71 – 92; ferner in demselben Band die Beiträge von *John Mary Waliggo*, 107 – 129; *Obiora Ike*, 131 – 176; *Felix Wilfred*, 197– 245; *Francis X. D'Sa*, 247 – 265; *Rao Narahari*, 267 – 283; *Hans Josef Wüst*, 299 – 305, *Enrique Dussel*, 307 – 318.

<sup>22</sup> *Peter Kwasi Sarpong* (Bischof von Kumasi), Gerechtigkeit und Entwicklung in Afrika: Die Herausforderung der 90er Jahre, in: *Weltkirche* 5 (1988) 139 – 147; hier: 143.

auf den heutigen Tag.<sup>23</sup> Es ist auch hier so, wie es *Francis X. D'Sa* sagte, bevor wir in Alternativen und in Visionen zu denken fähig werden, müssen wir uns an die Dekonstruktion der vorherrschenden Geltungsansprüche unseres Wirtschaftssystems machen, sie in ihrer Begrenztheit und in ihren destruktiven Potentialen entlarven.

## 2. Zum universalen Geltungsanspruch der Neoklassik in der Nationalökonomie

Da ist zunächst der Geltungsanspruch der Neoklassik in der Nationalökonomie zu sehen. Nach *Bertram Schefold* beherrscht »die vor etwa 100 Jahren entstandene und seit etwa 50 Jahren – wenn auch nicht unangefochten – dominierende Neoklassik«<sup>24</sup> das Feld in der Ökonomie. Im Grunde stellt sie ein »Optimierungskalkül auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge«<sup>25</sup> dar. In der Praxis aber sei diese Definition zu unbestimmt, da »keine Schule der Nationalökonomie ohne Optimierungsvorstellungen«<sup>26</sup> auskomme. Daher plädiert *Schefold* für eine Definition von Neoklassik, »wonach sie – in Abgrenzung von der Klassik – die Preisbildung auf Güter und Faktormärkten durch ein markträumendes Gleichgewicht von aus subjektiven Präferenzen abgeleiteten Angeboten und Nachfragen erklärt. Sie ist daher ihrem Wesen nach eine Theorie der Vollbeschäftigung, denn die Gleichgewichtspreise sind so definiert, daß insbesondere die zu den Faktorpreisen gehörigen Angebote der Faktorbesitzer nachgefragt werden.«<sup>27</sup> Das aber trifft in der Wirklichkeit nicht zu. Denn einerseits werden die Konsequenzen nicht bedacht, die sich aus der Teilhabe aller Individuen an »mehreren verschiedenen Präferenzsystemen« ergeben, so daß »diese verschiedenen Präferenzsysteme des Individuums im allgemeinen genausowenig zu einer übergeordneten Präferenzordnung aggregiert werden könnten wie die Präferenzen vieler Individuen zu einer sozialen Wohlfahrtsfunktion«.<sup>28</sup> Würde gemäß neoklassischer Theorie ein allgemeines Gleichgewicht erreicht, bedürfte es keiner sonstigen sozioethischen oder politischen Regulierungen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Lassen sich die

---

<sup>23</sup> Vgl. hier z. B. *Felix Wilfred*, (Ed.), *Globalization or Peripheralization*, in: *jeevadhara*, A Journal of Christian Interpretation, Vol XXV, No 145, Kottayam/India 1995, 1 – 92.

<sup>24</sup> *Bertram Schefold*, *Wirtschaftsstile*, Band 1: Studium zum Verhältnis von Ökonomie und Kultur, Frankfurt 1994, 29.

<sup>25</sup> *Ders.*, ebd.

<sup>26</sup> *Ders.*, ebd., 30.

<sup>27</sup> *Ders.*, ebd., 31.

<sup>28</sup> *Ders.*, ebd., 34.

Widersprüche unseres Systems mit entsprechenden Weiterungen beseitigen?

Die soziale Marktwirtschaft ist für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz ein hohes Gut. Ihre Sicherung wird gemäß ihrer Väter<sup>29</sup> dadurch gefördert, daß an den sich entwickelnden ökonomischen Disparitäten und Unangepaßtheiten und an der Sicherung von Verteilungsgerechtigkeit ebenso wie an Ökologieverträglichkeit der Wirtschaft gearbeitet wird. Das aber verlangt, daß wir die Sollbruchstellen aufdecken, analysieren und die Ursachen beseitigen. Eine solche Sollbruchstelle aber ist meines Erachtens in den monetären Strukturen zu suchen, die neuer Regelung bedürften. Wie schon *Schefold* gegen die Neoklassiker gewendet ausführt, muß »die Kapitalakkumulation als autonomer Prozeß« angenommen werden, der »eigener Gesetzlichkeit« folgt, »der sich nicht automatisch an die äußeren Gegebenheiten des Bevölkerungswachstums oder natürlicher Ressourcen anpaßt«<sup>30</sup>. Und: »die von den Klassikern gemeinte Arbeitslosigkeit oder Überbeschäftigung beruht auf der Kapitalakkumulation als autonomem Prozeß; sich anzupassen, ist Sache der Bevölkerung durch Wanderungen, Veränderungen der Partizipationsraten usw.«<sup>31</sup>. Schließlich sei auch »die Annahme, daß die Zinssätze die Rate des Kapitalertrages steuern, nicht mehr so abwegig«.<sup>32</sup> Schon daraus erhellt, wie fundamental die Kapitalakkumulation und die Akkumulation der Geldvermögen für eine marktregulierte Wirtschaft ist und in welche Nebenrolle Politik abgedrängt wird, wenn es zu keiner Regulierung der monetären Prozesse kommt und die Beherrschung der Geldvermögen durch ethische Prinzipien nicht mehr gelingt.

### 3. Geld als soziale Institution

Die Ungleichheiten werden zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen und angesichts von Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Obdachlosigkeit und wachsender Armut als ungerecht bewußt. Geld ist ein vom Staat garantiertes Gut. Es ist eine staatliche Einrichtung, eine soziale Institution. Niemand könnte einen Nutzen davon ziehen, wenn dieses Gut in seinem Wert und als Tauschmittel nicht durch wirtschaftliche Leistung der Vielen einerseits und den Staat andererseits garantiert

---

<sup>29</sup> *Alfred Müller-Armack*, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, Frühschriften und weiterführende Konzepte, zweite, erweiterte Auflage, Bern und Stuttgart 1981.

<sup>30</sup> *Schefold*, *Wirtschaftsstile* 45. (Anm. 24).

<sup>31</sup> *Ders.*, ebd., 38.

<sup>32</sup> *Ders.*, ebd., 48.

würde. Tatsächlich kommt aber zur Zeit der Nutzen des Geldes aufgrund der durch wirtschaftlichen Wandel bedingten Unangepasstheit unserer Geldordnung den Besitzern von disponiblen Geldvermögen fast allein zugute. Weder durch eine entsprechende Besteuerung, noch durch eine Anpassung der Rahmenbedingungen wird für einen gerechten Ausgleich Sorge getragen. Die Krise, in der wir uns befinden, könnte die Kreativität freisetzen, die dafür erforderlich ist. Daher meine These: Die Sicherheit, die wir allen in unserem Staat geben, werden wir auch alle bekommen. Dafür müssen wir Sorge tragen und an den entsprechenden Sollbruchstellen die erforderlichen Anpassungsleistungen in Gang setzen.

#### 4. Die Ursachen der Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems am Geldvermögen

Den entscheidenden Grund nennt *Schefold* in Anlehnung an *Adam Smith*. Er schreibt: »Ich übernehme daher die These, daß die marktregulierte Ökonomie bei *Smith* nur deshalb bestehen kann, weil das politische und soziale Leben von ethischen Prinzipien beherrscht wird. Bekanntlich war *Smith* nicht allein Nationalökonom, sondern auch Moralphilosoph. In seiner Theorie der *sittlichen Gefühle* formuliert *Smith* das Prinzip der »sympathy«. Es ist eine Art gefühlsmäßiger Anteilnahme am Schicksal anderer, zu der gehört, daß jedes Individuum die Handlungsweisen der anderen verurteilt, indem es sich gleichsam in diese hineinzuversetzen und deren Motive nachzuempfinden sucht, kurz, zum Beobachter (»spectator«) von deren Verhalten wird. ... *Smith* sieht also soziale Verhaltensweisen von ethischen Prinzipien geregelt, die unabhängig von ökonomischen Zwängen und Marktmechanismen sind und den Charakter einer das politische und soziale Leben ordnenden Gesetzlichkeit besitzen. ... Es ist diese »Sozialisation des Individuums« (Heilbronner), vor deren Hintergrund die Rolle des eigennutzorientierten Handelns im *Wealth of Nations* zu relativieren ist.«<sup>33</sup> Ökonomie bedarf der Steuerung durch die moralischen Kräfte einer Kultur. Sie dürfen sich gerade nicht selbst überlassen werden.

Es ist ein gefährlicher Irrtum, Wirtschaftswachstum sei ein Naturgesetz, dem wir nicht entgehen können. Wenn wir überleben und zu einer natur-, sozial- und kulturverträglichen Gestaltung unserer Wirklichkeit kommen wollen, müssen wir der Wirtschaft ethische Vorgaben machen,

---

<sup>33</sup> *Schefold*, *Wirtschaftsstile*, 39f (Anm. 24).

an denen sie sich messen lassen muß. Sonst kann es durchaus sein, daß der Untergang des Menschen und der Welt programmiert ist. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen. Selbst in der Frage der Universalisierbarkeit der Menschenrechte, die ja im Sinne westlichen Denkens das Universale als Verallgemeinerung des Besonderen darstellt, meldet sich Widerstand aus anderen Kulturen an.<sup>34</sup> Dieses Verständnis repräsentiert nach *Felix Wilfred* nur einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der »nicht wirklich das Gemeinsame«<sup>35</sup> sei. Mit anderen Worten: Menschenrechte, die diesen Namen verdienen, müssen »auf die vitalen menschlichen Überlebensfragen antworten, mit denen die Völker der Dritten Welt befaßt sind«.<sup>36</sup>

### 5. Fazit und alternative Möglichkeiten

Wohin hat uns die Dekonstruktion des universalen Geltungsanspruchs im Hinblick auf die Realisierung von Menschenrechten geführt? Das größte Hindernis für eine nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Welt sind die monetären Rahmenbedingungen und Strukturen, die das neoliberale Wirtschaftssystem ausgeprägt hat. Sie sind Ergebnis sozialer Prozesse in den Gesellschaften der reichen Industrienationen und sie können und müssen geändert werden, wenn deren Zustand von den Menschen als zerstörerisch erfahren werden und die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen gefährdet erscheinen. Es breitet sich die Erkenntnis aus, daß die heutige Form des Wirtschaftswachstums nicht mehr der Wohlfahrt der Menschen und der Erhaltung ihrer natürlichen Mitwelt dient, sondern zum Selbstzweck avanciert ist und nur noch der Vermehrung der Geldvermögen dient, den Wohlstand aber, richtig gerechnet, eher vermindert, als erhöht.<sup>37</sup> Wir müssen fragen: Wie sind die monetären Strukturen als Sollbruchstelle wandelbar? Prinzipiell sehe ich vier Wege:

---

<sup>34</sup> Vgl. *Hoffmann (Hrsg.)*, *Universale Menschenrechte* Bd. II, Frankfurt 1994 (Anm. 5).

<sup>35</sup> *Wilfred*, *Die Sprache der Menschenrechte, ein ethisches Esperanto? Reflexionen über universale Menschenrechte aus einem indischen/Dritte-Welt-Kontext*, in: *Hoffmann (Hrsg.)*, *Universale Menschenrechte*, 158 (Anm. 5).

<sup>36</sup> *Ebd.*, 165.

<sup>37</sup> *Gerhard Scherhorn et al.*, *Wohlstandskosten und verantwortliches Handeln. Ergebnisbericht über eine experimentelle Studie im Forschungsschwerpunkt »Mensch und globale Umweltveränderungen« der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Arbeitspapier 68. Stuttgart (1997)*, Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik.

### a) Der erste Weg: Die Tobin-Steuer

Der erste Weg ergäbe sich ganz im Rahmen der herrschenden Strukturen. Die Rede ist von der Tobin-Steuer. Sie wurde von dem Wirtschaftswissenschaftler *James Tobin* vorgeschlagen, »damit die Regierungen ihre Autonomie bei volkswirtschaftlichen Entscheidungen zurückgewinnen könnten«. <sup>38</sup> *Tobin*, der übrigens 1981 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, schlug vor, den Devisenhandel weltweit zu besteuern. Dazu einige Zahlen, die den Kontext erhellen: »Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat der Devisenhandel 1995 einen Umfang von 1300 Milliarden Dollar pro Tag erreicht (gegenüber 18 Milliarden zu Beginn der siebziger Jahre). Zum Vergleich: Die jährlich weltweit umgeschlagenen Güter und Dienstleistungen erreichen einen Wert von 4300 Milliarden Dollar. Darüber hinaus finden bei 80 Prozent der Devisengeschäfte die Hin- und Her-Transaktionen innerhalb von höchstens sieben Tagen statt, in den meisten Fällen sogar noch am gleichen Tag. In London, dem wichtigsten Devisenhandelsplatz der Welt, stehen vier Fünftel aller Transaktionen nicht mehr in direktem Zusammenhang mit Handelsbewegungen oder Investitionen«. <sup>39</sup> Sie repräsentieren Spekulationen, die keinerlei positive Wirkung auf Investitionen in der Wirtschaft haben, im Gegenteil den Markt und die Autonomie der Wirtschaft bis hin zu ganzen Volkswirtschaften gefährden und lediglich der Bereicherung der Spekulanten dienen, ohne diese sozial in die Pflicht zu nehmen.

Eine Besteuerung hätte einen doppelten Effekt: Einmal würde dem Grundsatz der Sozialpflichtigkeit der Geldvermögen und der daraus resultierenden Gewinne Rechnung getragen. Zum anderen würde durch eine Besteuerung des Devisenhandels der Geldfluß in die Wirtschaft erleichtert und die Umsetzung ökologischer oder sozialer Innovationen eher finanzierbar. Schließlich würden kurzfristige Anlagen reduziert und eine Entwicklung zu längerfristigen Anlagen gefördert, da die kurzfristigen durch die Tobin-Steuer am stärksten getroffen würden. Immerhin kämen ganz ordentliche Beträge heraus. »Bei einem Steuersatz von 0,25 Prozent schlugen die jährlichen Einnahmen mit etwa 290 Milliarden Dollar zu Buche«. <sup>40</sup> Dennoch wird die Tobin-Steuer nicht umgesetzt, obwohl sie unter den Finanzministern und Regierungschefs der G-7-Staaten bekannt ist und obwohl eine Expertengruppe die außeror-

---

<sup>38</sup> *Ibrahim Warde*, Die Tobin-Steuer – ein wenig Sand im Getriebe, in: *Le Monde Diplomatique* die Tageszeitung, 12. 2. 97, 1.

<sup>39</sup> *Ders.*, ebd.

<sup>40</sup> *Ders.*, ebd.

dentlich positive Wirkung für die Wirtschaft weltweit herausgestellt hat.<sup>41</sup> Dies ist um so erstaunlicher, als mit den durch die Tobin-Steuer gewonnenen Mitteln die Staatsverschuldung reduziert werden könnte.

b) der zweite Weg: Änderung des Zinseszinsystems

Der zweite Weg wäre ein Weg der Änderung der monetären Strukturen. Er impliziert eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen der Geldordnung, also eine Änderung des Zinssystems. Mit anderen Worten: »Die Bildung von (spekulativen) Liquiditätsreserven muß erschwert werden durch ihre Belastung mit Unkosten ..., die jeden mit z. B. 4% seiner durchschnittlichen Kassenhaltung trifft, soweit er die eingenommenen Geldbeträge nicht umgehend für Konsum, Investition oder Einzahlung aufs Sparkonto wieder aus der Hand gibt. Diese Umlaufsicherung, also Verhinderung von Stockungen im Wirtschaftskreislauf hat als Antriebsmotor nicht mehr die unzulässige Zinsbelohnung, ..., sondern die stets wirksame Bestrafung des Rückzuges liquider Geldmittel aus dem Wirtschaftskreislauf ...«.<sup>42</sup> Das ist, nach sittlichen Maßstäben gedacht, dadurch zu rechtfertigen, daß Geld öffentlich als Geld anerkannt, also in seinem Wert – wie schon weiter oben erläutert – sozial garantiert wird, eine soziale Institution darstellt. Insofern kann Geld die Funktionen sowohl eines Tausch- als auch eines Wertaufbewahrungsmittels übernehmen und es erhält dadurch, daß man jedes Produkt jederzeit eintauschen kann, einen universalen Wert für jede/jeden, die/der im Besitz von Geld ist. Dem Geldbesitzer entstehen durch die Aufbewahrung des Geldes keine Lagerkosten und Geld verdirbt auch nicht, wenn man/frau es hortet, im Gegensatz zu den Kartoffeln des Bauern, der diese möglichst schnell umsetzen muß, wenn er nicht Verluste durch alt oder faul werdende Kartoffeln riskieren will. Gegenüber dem Produkt des Bauern hat Geld Jokereigenschaften. »Tauschgeschäfte und Kreditgeschäfte, in denen der Zins vorkommt, sind Erscheinungen der Zirkulationssphäre«<sup>43</sup>, so formuliert es *Dieter Suhr*. Das aber heißt, der eigentliche Kapitalist ist nicht der Unternehmer oder der »industrielle Kapitalist«, sondern der Geldkapitalist, der für sein Geld dank des Jokervorteils des Geldes als universales Tausch- und Kommunikationsmittel Zins

---

<sup>41</sup> *Mahbub ul-Haq, Inge Kaul, Isabelle Grunberg, (Eds.), The Tobin-Tax: Coping with Financial Volatility, Oxford (Oxford University Press) 1996.*

<sup>42</sup> *Ernst Winkler, Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems, in: Sozialökonomische Arbeitstexte 3, 2. Auflage, Lütjenburg 1994, 16.*

<sup>43</sup> *Dieter Suhr, Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft, Berlin 1986, 14.*

und Zinseszins kassiert ohne auch nur einen Beitrag zur Wertsteigerung zu leisten.<sup>44</sup>

Das aber sollte uns deutlich werden lassen, wo die Sollbruchstelle in unserem System liegt, nämlich im Zinssystem und den darauf aufruhenden monetären Strukturen. Sie sind ursächlich für den Wachstumszwang, unter dem die Wirtschaft steht. Damit sind diese auch ursächlich für die private, öffentliche und internationale Verschuldung, unter deren Folgen die Menschen, die Natur und die Kulturen leiden. Wenn auf eine andere Weise als über Zins und Zinseszins der Geldumlauf gesichert und Rückhaltung des Geldes durch die Geldbesitzer mit anderen Anreizen verhindert werden kann, dann sollten wir das auch politisch durchsetzen und dafür alle erforderlichen kulturellen Kräfte mobilisieren.

### c) Der dritte Weg: Die ethische Mobilisierung der Wirtschaftssubjekte

Ich nenne ihn den sanften Weg. Er rechnet mit der ethischen Motivierbarkeit der Beteiligten und setzt auf diese. Allerdings verlangt dies eine Bewußtseinsveränderung und Mobilisierbarkeit der Konsumenten ebenso wie der Unternehmer und auch der Anleger, der Besitzer von Geldvermögen und der Banken. Sie alle dürfen es nicht mehr zulassen, daß der Gott, um den sich in unserer Gesellschaft alles dreht, das Geld ist. Wir dürfen uns vom Gott »Mammon« nicht diktieren lassen, welches die Probleme sind, die wir zu lösen haben. Wir müssen dem Gott »Mammon« die Problemdefinition streitig machen.

Wir brauchen eine neue Sichtweise, um zu begreifen, was denn unsere Wirklichkeit ist, wo Prioritäten gesetzt werden müssen. Es kann doch wohl im Ernst nicht die Aufgabe von 90% der Bevölkerung sein, sich dafür krumm zu legen und Opfer zu bringen, nur daß die exponentiellen Wachstumsbedürfnisse des Geldes befriedigt werden können. Daraus folgt, daß die Opfer unserer derzeitigen monetären Rahmenbedingungen, die Arbeitslosen, die am Schuldendienst zugrunde gerichteten Unternehmer, die Armen in der ganzen Welt und die geschundene Umwelt den Vorrang bei der Problemdefinition erhalten müssen. Die vor-

---

<sup>44</sup> *Ders., ebd.:* »Die Geldkapitalisten müßten dem guten *Marx* für ein solches Leumundszeugnis, das sie vom Mehrwertverdacht entlastet, wahrhaftig dankbar sein bis zum jüngsten Tag. Bringt doch der Zins, den der Unternehmer als Borger zahlen muß, ihn um einen Teil des Gewinnes, den er durch seine unternehmerischen Anstrengungen erwirtschaftet hat; muß er doch über das, was er für sich erwirtschaften kann, selbst noch *unternehmerische* »surplus-Arbeit« leisten, um die Zinsforderungen des Geldkapitalisten zu befriedigen, soweit er nicht den Druck, der auf ihm lastet, auf die Arbeiter wälzen kann.

rangige Frage ist gerade nicht: »Was ist fürs große Geld gut?«, sondern: »Was ist für die Menschen und für die ganze Schöpfung gut?« Politiker, die sich diese Problemdefinition nicht zu eigen machen und noch dazu in Geldskandale verwickelt sind, sollten wir nicht mehr wählen. Der Staat darf nicht einfach in den Dienst der wirtschaftlichen und monetären Strukturen gestellt werden. Das ist keine einfache Aufgabe für die Politik. Denn einerseits haben wir es von den gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen mit Nationalstaaten zu tun, die daher ihre Grenzen bei der Umsetzung ihres Ordnungswissens haben, angesichts von Geldvermögen, die global beweglich sind und sich dorthin bewegen, wo sich die höchste Rendite ergibt.<sup>45</sup> Das heißt: »Das Verständnis der Entwicklung des Nationalstaates kann keine Frage der Untersuchung interner und externer Determinanten sein, sondern des Versuchs einzusehen, was es heißt, daß der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist. Vorderhand bedeutet dies, daß die Entwicklung eines bestimmten Staates nur im Kontext der globalen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, deren Bestandteil er ist, verstanden werden kann.«<sup>46</sup> Es ist daher wichtig, darauf aufmerksam zu machen, daß das Geld als weltweit bewegliches Kapital zum Selbstzweck gewor-

---

Entspringt aber der Mehrwert nicht der Produktionssphäre, sondern der Zirkulationssphäre, genauer: dem Geld- und Kapitalmarkt, dann haben auch die Renditen von (vermehrbar) Realkapitalien ihre mittelbare Ursache im Zins des Geldes, und mit diesen entscheidenden Überlegungen hat *Proudhon* auf der ganzen Linie recht behalten: Der Geldanleger steht vor der Qual der Wahl, ob er sein Geld in verzinsliche Geldforderungen stecken soll (Obligationen u.ä.) oder in ein Unternehmen, in Häuser oder Aktien (Realkapitalien). Sieht man hier der Einfachheit halber einmal von Portfolio – theoretischen Verfeinerungen der Problematik ab (Risiko-Überlegungen und Ähnlichem), dann gilt: Der Anleger schiebt seine Liquidität dorthin, wo er sich die höheren Erträge erhofft. Sein Geld steht für die Vermehrung von Realkapitalien nur dann zur Verfügung, wenn er erwarten kann, daß ihre Rendite höher ist als die Zinsen, welche bei einer Anlage in Obligationen in Aussicht stehen. Deshalb werden Realkapitalien, die nicht wenigstens den Zins des Geldes erwarten lassen, gar nicht erst geboren. Das wissen spätestens seit *Keynes* die ABC-Schützen der Volkswirtschaftslehre: Der Grenznutzen des Geldkapitals setzt den Standard für den Grenznutzen von Realkapital; der Zinsfuß begrenzt die Wachstumsrate von Realkapital.

Mit anderen Worten: Das Hindernis für eine Volkswirtschaft auf dem Wege in den *wirklichen* Reichtum ist der Zins des Geldes: Die Entstehung von *realen* Kapitalen, sei es in Form von Produktionsanlagen, sei es in Form von Kostbarkeiten, die als Kapitalanlage fungieren können, wird gebremst und verhindert, wenn und soweit sie sich nicht rentieren, – also die Konkurrenz mit dem Zins des Geldes nicht gewinnen können.

So verschieden also sieht die wirtschaftliche Welt aus, je nachdem, ob man sie durch die Marxsche oder die proudhonsche Mehrwert-Brille betrachtet.«

<sup>45</sup> *John Holloway*, Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat, in: PRO-KLA, 23. Jg., Heft 90 (Münster 1993), 12 – 33; hier: 21.

<sup>46</sup> *Ders.*, ebd., 24.

den ist und sein Interesse auf Rendite überall verfolgen kann, ohne auf die Interessen von Menschen, Natur, Nationalstaat, Kulturen etc. achten zu müssen. Wer das zur Kenntnis nimmt, wird zu dem Schluß kommen, daß sich »die Krisen der Produktionsverhältnisse in der Verflüssigung von Kapital ausdrückt«. <sup>47</sup> Um zu verhindern, daß »Geld als die frechste, arroganteste Form des Kapitals« <sup>48</sup> sich absolut setzt und zum Selbstzweck erhebt, müssen wir darauf hinarbeiten, daß das Geld seine Dienstfunktion für die Produktion, für die Ermöglichung menschenwürdigen Zusammenlebens einlöst. Die Schaffung von Freihandelszonen und die Ausweitung von Märkten bis hin zur Globalisierung wie etwa bei der WTO müssen den Beweis antreten, daß sie nicht vorrangig den Interessen des Geldes, sondern den Menschen dienen und Menschwerdung in Gemeinschaft zu garantieren vermögen. <sup>49</sup> Ich denke, dies ist durchaus realisierbar, wenn die demokratischen Möglichkeiten genutzt werden und Kontrollstrukturen geschaffen werden, die die Geschäftspolitik der Banken daraufhin kontrollieren, daß durch die Geldflüsse die Produktionsverhältnisse so gestaltet werden, daß eine nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft ermöglicht wird, in der Naturverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Kulturverträglichkeit als vorrangige Kriterien fungieren. Ich stimme insoweit auch der These von *Joachim Hirsch* zu, »daß der Kapitalismus nachhaltig verändert werden kann, wenn es gelingt, die Produktions-, Investitions- und Marktprozesse einer funktionierenden öffentlichen und demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. ... Dies ist weniger eine Frage der formalen Eigentumsverhältnisse, sondern der sozialen und politischen Machtstrukturen« <sup>50</sup>. Das Interesse an der Umgestaltung des Modells der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft unter den vorgenannten Bedingungen wächst in Deutschland. Wenn diese Umgestaltung gelingt, könnte auch das Interesse an der Übernahme bzw. der Transformation dieses Modells in andere Länder und Kulturen zunehmen und zu einer humanen Gestaltung der Lebenswelt beitragen. Im Grunde impliziert das Interesse am Erhalt der sozialen Marktwirtschaft die Forderung nach Veränderung der Rahmenbedingungen.

---

<sup>47</sup> *Ders.*, ebd., 28.

<sup>48</sup> *Ders.*, ebd., 30.

<sup>49</sup> *Dussel*, Bye Bye Weltmarkt? Freihandel oder Regionalisierung des Weltmarktes: Das Freihandelsabkommen zwischen Kanada, Mexiko und den USA, in: PROKLA, 129 – 156 (Anm. 45).

<sup>50</sup> *Joachim Hirsch*, Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990, 181.

Es gibt Besitzer von großem Geldvermögen, die begriffen haben, daß die weitere Anhäufung von Geld in eine Sackgasse führt. Daher reduzieren sie ihre Geldberge und führen erhebliche Anteile der Solidargemeinschaft national oder auch international zu durch Stiftungen oder andere Formen der Überlassung.

#### d) Der vierte Weg: Die Verhinderung der Geldwäsche

Als vierte Möglichkeit, einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung der Menschenrechte zu leisten, ist die Verhinderung der Geldwäsche, in die unser Wirtschaftssystem, die Banken etc. involviert sind, von der sie profitieren, die ihnen aber auch gefährlich werden kann. Geldwäsche wird im Untersuchungsbericht der »President's Commission on Organized Crime« von 1984 als ein Prozeß definiert, mit dem die Existenz, die rechtswidrige Quelle oder die rechtswidrige Verwendung von Einkommen verborgen wird, um diese Einkommen anschließend als legal erworben erscheinen zu lassen.<sup>51</sup> Nach *Thomas Achim Werner* ist Geldwäsche »die Rückführung illegal erworbener Vermögensgegenstände in den legalen Finanzkreislauf. Zweck ist die Verschleierung der Herkunft und das Entziehen der Werte aus der Zugriffsmöglichkeit der Strafverfolgungsbehörden. Zugleich soll die mögliche Strafverfolgung derjenigen Personen verhindert werden, welche die kriminellen Vortaten begangen haben.«<sup>52</sup> Damit sind die Stichworte genannt, zu denen ein paar Hinweise gegeben werden müssen.

Da sind zunächst die kriminellen Vortaten, durch die die illegalen Gewinne gemacht werden. Dazu gehört vor allem der illegale Drogenhandel, bei dem weltweit jährlich 500 – 800 Mrd. US-Dollar umgesetzt werden. »Dieser Drogenhandel stellt das weltweit größte Bargeschäft dar.«<sup>53</sup> Zu den Vortaten gehört ferner der Menschenhandel, durch den z. B. »Frauen aus ärmeren Ländern unter falschen Versprechungen in die Industrieländer »geschmuggelt« und dort zur Prostitution gezwungen werden«<sup>54</sup> ... sowie »der Schmuggel von Kindern zur Adoption sowie der illegale Organhandel, der zum Teil mit dem Ursprungsdelikt der Organentnahme bei entführten oder ermordeten Opfern verknüpft

---

<sup>51</sup> *Mark Pieth, Hrsg.*, Bekämpfung der Geldwäscherei: Modellfall Schweiz, Basel 1992; zitiert nach: *Thomas Achim Werner*, Wachstumsbranche Geldwäsche. Die Ökonomisierung der Organisierten Kriminalität, Berlin 1996, 13.

<sup>52</sup> *Werner*, ebd., 14.

<sup>53</sup> *Ders.*, ebd., 20.

<sup>54</sup> *Ders.*, ebd., 22.

ist«<sup>55</sup>, ferner Waffenhandel, Umweltkriminalität, Schutzgelderpressung etc.

Abgesehen davon müssen hier auch die menschenverachtenden ausbeuterischen Praktiken der Drogenhändler gegenüber den Kokabauern z. B. in Bolivien und in anderen Ländern der Dritten Welt einbezogen werden.

Wo liegen die Ursachen? Wenn die USA und andere westliche Industrienationen den Koka produzierenden Ländern die Schuld zuweisen und die Eindämmung der Drogenproduktion verlangen, dann ist das in dreifacher Weise heuchlerisch. Zum einen sind die Drogenkonsumenten vor allem in den reichen Ländern zu suchen. Weltweit soll es 12 Millionen Kokainkonsumenten und 8 Millionen Heroinsüchtige geben. Zum zweiten ist die Ursache der wachsenden Drogenproduktion in der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch die Industrienationen und durch die von den reichen Ländern in den Ländern der Dritten Welt induzierte Verschuldung und Überschuldung zu sehen. Schließlich ist drittens eine der wichtigsten Ursachen für einen blühenden illegalen Drogenhandel, daß die Geldwäsche funktioniert, daß illegal erworbenes Geld unter Mithilfe von zahlreichen, renommierten Geldinstituten und Banken in den legalen Geldkreislauf ohne große Probleme eingeschleust werden kann. *Werner* nennt die Akteure der Geldwäsche:

»1. Mitglieder der Organisierten Kriminalität (= OK), die auch die Vortaten begangen und damit die Gewinne erwirtschaftet haben, sich dann weiterhin konspirativ verhalten und die Geldwäsche selbst ausführen. Dazu gehört der physische Schmuggel von Bargeld über Ländergrenzen hinweg, zum Teil mit denselben Mitteln und Methoden, mit denen auch die Drogen usw. geschmuggelt werden.

2. Personen, die wissentlich und willentlich mit den kriminellen Gruppen zusammenarbeiten, sonst jedoch im legalen Bereich tätig sind und daher auch den Banken oder anderen Institutionen vertrauenswürdig und unverdächtig erscheinen. Beispiele sind Boten, Geldkuriere, korrumpierte Bankangestellte, Wirtschaftsprüfer, Notare und Vertrauensanwälte der OK, aber auch Finanzexperten als spezialisierte Geldwäscher, die als gut bezahlte Dienstleister der OK fungieren.

3. Personen, die in Ausübung ihrer gewöhnlicherweise legalen Dienstleistungsfähigkeiten zur Geldwäsche – oft nichtsahnend – mißbraucht werden. Dazu zählen Bankangestellte, Geldboten, Rechtsanwälte, Treuhänder, zahlreiche Finanzdienstleister, Investmentgesellschaften, Immo-

---

<sup>55</sup> *Ders.*, ebd., 22.

bilienmakler usw. Kriminelles Verhalten liegt bei den ersten beiden Gruppen vor, die dritte Gruppe ist eher unwissentlich, höchstens aber fahrlässig beteiligt«.<sup>56</sup>

Zusammenfassend kann man sagen: Für das Gelingen der Geldwäsche ist die Beteiligung des Banksystems unerlässlich. »Aufgrund ihrer zentralen Stellung im Geld- und Kreditwesen, in der Vermögensverwaltung und im (internationalen) Zahlungsverkehr fungieren Banken als Zentralstellen der Geldwäsche. Keine andere Institution kann die Masse der zu legalisierenden Gelder schneller und effektiver transformieren und transferieren«<sup>57</sup>. Eine besondere Rolle für Geldwäsche spielen Steuer-oasen und Offshore-Banken. Hier sind optimale Bedingungen für die Geldwäsche, wie z.B. kaum Steuern, kaum Buchführungspflichten, keine oder nur minimale Bankenaufsicht, Verweigerung internationaler Rechtshilfe, strenges Bankgeheimnis, freier Devisenverkehr etc. Neben Luxemburg, Liechtenstein, Monte Carlo, Schweiz, Österreich u. a. »sind einer der wichtigsten Offshore-Plätze die Cayman-Inseln, eine kleine Inselgruppe in der Karibik mit 14.000 Einwohnern. Hier sind mehrere Tausend Offshore-Gesellschaften und alleine 500 Banken registriert«<sup>58</sup>, darunter befinden sich auch alle großen deutschen Banken bis hin zur Bundesbank. Der IWF schätzte die Bankeinlagen der sieben wichtigsten Offshore-Finanzplätze 1987 insgesamt auf eine Summe von 973,1 Milliarden US-Dollar, »was mehr als einem Fünftel der weltweiten Bank-einlagen«<sup>59</sup> entsprach. In Deutschland sollen nach neueren Schätzungen 50 bis 89 Milliarden DM jährlich gewaschen werden. Dabei ist es verwunderlich, daß zahlreiche Banken aus kurzfristigen Gewinninteressen heraus bei der Geldwäsche mitmachen, obwohl sie dabei gleichzeitig der OK die Steigbügel halten, wodurch diese im legalen Sektor unglaublich hohe Kapitalbestände ansammeln kann und daraus Gefahren für die Banken selbst und für ganze Volkswirtschaften erwachsen können. Denn: »Diese gewaschenen Gelder können einerseits gewinnbringend, sicher und legal integriert, andererseits in Form von Spekulationskapital gezielt als ökonomisches und politisches Druckmittel eingesetzt wer-

---

<sup>56</sup> *Ders.*, ebd., 30

<sup>57</sup> *Ders.*, ebd. 31.

<sup>58</sup> *Ders.*, ebd., 35; *Werner* zitiert hier das Jahrbuch der Handelskammer von Cayman Island (1988): »Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, BfG, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank, Berliner Handels- u. Frankfurter Bank, Deutsche Bundesbank vertreten durch die Deutsche Girozentrale Oversea Ltd.«

<sup>59</sup> IWF International Financial Statistics (1988), zitiert nach *Werner*, Wachstumsbranche: Geldwäsche, 35 (Anm. 51).

den«. <sup>60</sup> Hinzu kommen die Gefahren für die Gesellschaft, Demokratie und Rechtsordnung, da die Hemmschwelle für Bestechung, Kooperation mit OK und Wirtschaftskriminalität weiter herabgesetzt wird. Schon aus Eigeninteresse müßten die reichen Industrienationen und die dort ansässigen Banken alles tun, um die Geldwäsche zu verhindern oder wenigstens erheblich zu erschweren und die Möglichkeit der Aufdeckung der Herkunft illegaler Gelder zu erhöhen. Die OK und die mit ihr einhergehende weltweite Mißachtung der Menschenrechte läßt sich nicht allein durch die Unterbindung des Drogenanbaus verhindern. Ganz im Gegenteil: Neben der Unterbindung der Geldwäsche als entscheidender Ansatz für die Bekämpfung von OK gehört ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die von den reichen Ländern finanziert werden müssen, weil sie in ihrem sogenannten entwicklungspolitischen Handeln, das seit den 60er Jahren vorrangig darauf zielte, die Ökonomien der Länder der Dritten Welt auf die Verwertungsinteressen der eigenen Ökonomien auszurichten, ursächlich sind für die Zerstörung gewachsener Subsistenzökonomien in diesen Ländern und ursächlich sind für die Verschuldung und Überschuldung vieler Länder der sogenannten Dritten Welt.

Auch *Werner* unterstreicht diesen Zusammenhang: »Um den Anbau von Drogen und damit das Angebot einzudämmen, sind weitreichende Maßnahmen erforderlich, denn der Anbau ist untrennbar mit der ökonomischen Situation der Länder in der sogenannten Dritten Welt verknüpft, deren Verschuldung Ende der achtziger Jahre zusammengerechnet über 1.300 Milliarden US-Dollar betrug. Durch den Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse ist der Koka- und Schlafmohnanbau in vielen Fällen die letzte Verdienstmöglichkeit der Bauern. Solange sie mit dem Anbau von Koka und Schlafmohn weitaus höhere Gewinne erzielen als mit anderen Agrarprodukten, können sie nur durch gezielte Hilfestellungen vom Drogenanbau abgebracht werden. Möglichkeiten solcher ›Hilfen‹ sind z. B. gerechtere Rohstoffpreise und ein fairer Handel, bei dem nicht nur die multinationalen Konzerne Gewinne machen, sondern auch die Bauern ... Der Versuch, durch den Druck der Industrienationen auf die Anbauländer den Drogenanbau einzudämmen, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt, solange ökonomische Zusammenhänge, drohende Arbeitslosigkeit und soziale Probleme nicht genügend Beachtung finden. Eine effektive

---

<sup>60</sup> *Werner*, ebd., 77f.

Lösung erfordert solidarische Maßnahmen, die auch den Anbauländern Nutzen bringen«.<sup>61</sup>

Das heißt im Klartext: Die Industrienationen tragen aufgrund der beschriebenen ursächlichen Involviertheit die Hauptverantwortung für den gegenwärtigen desolaten Zustand der Länder der sogenannten Dritten Welt, für deren Verschuldung, für Armut und Hunger in diesen Ländern und für das Anwachsen von OK.

Daher sind sie verpflichtet, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Unterbindung der Geldwäsche durch die Schaffung wirksamer monetärer Rahmenbedingungen und durchsetzbarer Gesetze.
2. Vollkommener sofortiger Schuldenerlaß für alle Länder der sogenannten Dritten Welt.
3. Mithilfe bei der Schaffung einer tragfähigen Subsistenzwirtschaft in diesen Ländern.

#### *6. Dekonstruktion der politischen Konditionierung der Entwicklungshilfe*

Bei der Dekonstruktion des universalen Geltungsanspruchs des kapitalistischen Wirtschaftssystems haben wir uns vorrangig mit der Dekonstruktion der damit einhergehenden monetären Strukturen befaßt. Das ist natürlich nicht der einzige Sektor, der zur Diskussion gestellt werden muß. In der Praxis wird mit dem monetären Sektor verknüpft ein weiterer universaler Geltungsanspruch mit dem Konzept der politischen Konditionierung der Entwicklungshilfe transportiert.

Es handelt sich darum, daß sowohl bei der bilateralen als auch bei der multilateralen Zusammenarbeit die Gewährung von Finanzhilfen bzw. Krediten die Einführung von Demokratie als Staats- und Lebensform nach westlichem Muster verlangt wird. Vielfach wird dabei u. a. angenommen, daß damit der Umsetzung von Menschenrechten am ehesten der Weg bereitet wird. Ein solches Denken oder eine solche Vorstellung hat seine Wurzeln in der europäischen Entwicklung der Menschenrechte. Daraus resultiert der Glaube an eine Politik der Menschenrechte, die in der liberalen Demokratie ihre allgemeingültige Form gefunden hat. Wird das aber weitergedacht, dann hat das weitreichende Konsequenzen, auf die *Ernst-Wolfgang Böckenförde* hingewiesen hat, wenn er schreibt: »Werden nun Menschenrechte und Demokratie so miteinander verknüpft, daß Demokratie eine notwendige Forderung der Menschen-

---

<sup>61</sup> *Ders.*, ebd., 105.

rechte ist, bedeutet das, daß Demokratie ebenso universal verwirklicht sein muß wie die Menschenrechte. Nur dann hat der Mensch – als Mensch – sein Recht«. <sup>62</sup> Das kann aber doch nicht zutreffen. Denn Demokratie ist politisch-strukturell so voraussetzungsreich und auch kulturspezifisch, als politische Ordnungsform besteht sie nicht um ihrer selbst willen. »Politische Ordnungsformen sind auf bestimmte Ziele und Zwecke ausgerichtet, in erster Linie die Gewährleistung der Sicherheit, des Rechts und der Freiheit der Menschen, die in ihnen zusammenleben. ... Sie sind Handlungs- und Wirkungseinheiten von Menschen, die unter bestimmten soziokulturellen und politischen Bedingungen und in bestimmter mentaler Verfaßtheit leben«. <sup>63</sup> Wenn auch eine Universalisierung nicht vertretbar ist, so wäre aus dem Selbstverständnis von Demokratie in unserer Gesellschaft zu folgern, daß jedem Menschen, der bei uns lebt, in unseren sozioökonomischen Kontext integriert ist und deutscher Staatsbürger werden will, dieses Recht auch selbstverständlich gewährt wird. Statt dessen wird bei uns mit dem Hinweis auf kulturelle Differenz das Recht auf volle Partizipation in unserem Staat abgelehnt. Ja, man verhält sich geradezu heuchlerisch und bietet den Ausländern die Alternative an, »sich entweder als fremde Kultur dem kulturellen Exotismus zur Verfügung zu stellen und auf politische Ansprüche (etwa Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft) zu verzichten oder zu der das Boot überfüllenden Flut gerechnet zu werden. Paß oder kein Paß wird zur kulturellen Differenz, Fragen des Rechts zu Fragen der Kultur. Die Botschaft, die die unmittelbar hintereinander gemeldeten Ereignisse an in Deutschland lebende Ausländer sandte, war klar: Folklorisiere Dich oder stirb!« <sup>64</sup> Hier zeigt sich erneut die Bedeutung und Notwendigkeit, den universalen Geltungsanspruch, der für die westliche politische Ordnungsform von Demokratie eingefordert wird, zu dekonstruieren, die faktisch praktizierte Wirklichkeit am eigenen Anspruch zu messen und mit Demokratiemodellen anderer Kulturen zu konfrontieren.

Damit wird auch deutlich, daß eine politische Konditionierung der Entwicklungshilfe, die die Einführung oder Durchsetzung von Demokratie zur Bedingung macht, eine konkrete politische Ordnungsform mit einem universalen Geltungsanspruch versieht. Wenn man das tut, dann

---

<sup>62</sup> Böckenförde, Das Unwahrscheinliche wollen. Demokratie, notwendige Forderung der Menschenrechte?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 5. 1996, Nr. 102, N6.

<sup>63</sup> Ders., ebd.

<sup>64</sup> Diedrich Diederichsen, Wie aus Bewegungen Kulturen und aus Kulturen Communities werden, in: Fuchs et al., a. a. O., 126 – 139; hier: 130.

kann das verheerende Folgen für die gewachsenen Ordnungsstrukturen eines Landes haben, aber auch der Realisierung von Menschenrechten schaden. »Die praktische Auswirkung ist eine Schwächung des Geltungsanspruchs der Menschenrechte. Wenn der Demokratie eine gleiche Unabdingbarkeit wie den Menschenrechten selbst zugesprochen wird, es aber, wie es in der heutigen politischen Welt häufig der Fall ist, an den Voraussetzungen der Lebens- und Funktionsfähigkeit der Demokratie fehlt, dann wirkt dies auf die Unabdingbarkeit der Menschenrechte zurück«<sup>65</sup>. Im Grunde würde eine derartige Absolutsetzung einer politischen Ordnungsform die Lebens- und Ordnungsformen anderer Kulturen mißachten und ihre Bedeutung für die Realisierung von Menschenrechten vollkommen unterschätzen. Die Differenz des afrikanischen Modells von Demokratie zu dem des Westens muß z.B. beachtet werden. *Bénézet Bujo* machte auf dem 50. Internationalen Kongreß der Moraltheologen und Sozialethiker 1997 in Münster klar, daß es in der schwarzafrikanischen Lebenswelt ein Modell von Demokratie gebe, in dem sowohl das Recht auf Recht als auch die Menschenwürde garantiert werde. In diesem Modell seien Tradition und Diskurs in einer starken wechselseitigen Rückkoppelung der traditionellen Institutionen von Häuptling, Ältestenrat und Volk faktisch gelebte Realität. Ein Häuptling könne vom Ältestenrat und dieser vom Volk abgesetzt werden. Im Palaver werde nicht, wie etwa im Modell der Demokratie des Westens eine Mehrheitsentscheidung herbeigeführt, sondern der Diskurs werde solange geführt, bis Einmütigkeit hergestellt sei. Im Palaver als locus politicus zeige sich der sapientiale und zugleich höchst demokratische Charakter des afrikanischen Demokratiemodells. Insofern ist verständlich, daß *Bujo* annimmt, daß »das Demokratieverständnis des Westens im afrikanischen Kontext nur scheitern kann«. Und er fragt daher mit Recht: »Warum müssen dann die westlichen Mächte dort intervenieren und ihr politisches System unbedingt retten? Wäre es nicht viel humaner und sinnvoller, den Menschen in Afrika dazu zu verhelfen, ihren eigenen Weg zu gehen und ihr eigenes politisches System zu finden, das vor dem Hintergrund ihrer Kultur weder Demokratie noch Diktatur im westlichen Sinne sein soll?«<sup>66</sup>

Auch aus anderen Kulturen anderer Kontinente werden ähnliche Fragen und Bedenken gegenüber einer Universalisierung des westlichen Demokratieverständnisses erhoben. Der Westen tut daher gut daran, sich über

---

<sup>65</sup> Böckenförde, Das Unwahrscheinliche wollen (Anm. 62).

<sup>66</sup> *Bénézet Bujo*, Afrikanische Anfrage an das europäische Menschenrechtsdenken, in: *Hoffmann*, Begründung von Menschenrechten, 223 (Anm. 10).

eine Dekonstruktion des eigenen universalen Geltungsanspruches der kulturspezifischen Wurzeln seines Demokratiemodells zu vergewissern. Erst dann ist die Basis für die Wahrnehmung fremdkultureller Perspektiven und die Voraussetzung für interkulturellen Dialog gegeben.

*Johannes Hoffmann*, Dr. theol., ist Professor für Moraltheologie und Sozialethik am Fachbereich Kath. Theologie der Universität Frankfurt.